



**N I E D E R S C H R I F T**  
**(öffentlicher Teil)**

**3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Wahlperiode 2013-2018)**  
**am Donnerstag, 07.11.2013**

**Ort:** Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6,  
23560 Lübeck,  
**Beginn:** 16:02 Uhr  
**Ende:** 18:05 Uhr

**Anwesende Mitglieder**

**Vorsitz**

Tim Klüssendorf- SPD

**Mitglieder aus der Bürgerschaft**

Jörn Puhle- SPD  
Aydin Candan- SPD  
Katja Mentz- Bü90  
Felix Untermann- CDU

**stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.**

Kai Gusek- AG freier Wohlfahrtsverbände  
Dagmar Hildebrand- CDU  
Eveline Kuring-Arent- AG freier Wohlfahrtsverbände  
Vera-Simone Kuzla- AG freier Wohlfahrtsverbände  
Maria Köhler-Kleyer- Bü90  
Henning Stabe- CDU  
Nicole Vollert- SPD  
Kathrin Ziese- Lübecker Jugendring

Vertretung für: Frau Fahl, Hannelore

**Beratende Mitglieder**

Dr. med. Martin Federsel- Die PARTEI-PIRATEN  
Karl-Heinz Georg- 4.513 - Jugendarbeit/Jugendamt  
Renate Junghans- 4.510 Familienhilfen / Jugendamt  
Jan Karnatz- Jugend  
Martin Kürle- LINKE

Thomas Paulsen- BfL  
Lutz Regenber- Mitglied der Fachgruppe HZE  
Katrin Soomann- 2.515 BALI/JAW  
Joseph Romeo Temole Kemayou- Forum für MigrantInnen  
Christian Weise- Kreiselternvertretung

### **Verwaltung**

Senatorin Annette Borns- FB 4 - Kultur und Bildung  
Petra Albrecht- Jugendhilfeplanung  
Eckhard Graf- FB 4 - Fachbereichsdienste  
Renate Heidig- Jugendhilfeplanung  
Nelli Kelm-Schell- Schulsozialarbeiterin  
Uwe Kirchhoff- Kurbetrieb Travemünde  
Angelika Kramm- FB 4 Fachbereichscontrolling  
Nicole Maas- 4.401 Schule und Sport  
Doris Oldenburg- städt. Kindertageseinrichtungen  
Dirk Reyscher- Schulsozialarbeiter  
Wolfgang Rojahn- Recht  
Petra Schmittner- Frauenbüro

### **Protokollführung**

Doreen Richter- FB 4 - Fachbereichsdienste

### **Gäste**

Inga Gottschalk- Vorsitzende Forum für MigrantInnen  
Christiane Prüßmann- Verbund Willkommensbesuche

### **Sonstige Personen**

Inge Hennig- Seniorenbeirat

### **Entschuldigte Mitglieder**

#### **stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.**

Hannelore Fahl- CDU	fehlte entschuldigt
Joachim Giesenber- Lübecker Jugendring	fehlte entschuldigt
Sandra Pereira da Silva David- Lübecker Jugendring	fehlte entschuldigt

#### **Beratende Mitglieder**

Klaus-Peter Jürgensen- Fachbereichsdienste FB 4	fehlte entschuldigt
Jan Rauterberg-Schulz- Stadelternvertretung	fehlte entschuldigt

# Tagesordnung

## Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtung von Ausschussmitgliedern
2. Niederschrift vom 05.09.2013
3. Anliegen der Jugend
  - 3.1. Mitteilung Herr Karnatz betr. der AG Kinder- und Jugendbeteiligung
  - 3.2. Anfrage Herr Karnatz betr. Schultoiletten
4. mdl. Bericht betr. Willkommensbesuche
5. Anfragen / Antworten / Mitteilungen
  - 5.1. Mitteilung Frau Heidig betr. geplante Kitas 2014
  - 5.2. Mitteilung von Herrn Kirchhoff über die Umsetzung der Maßnahmen betr. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen betr. Grünstrandbebauung
  - 5.3. Mitteilung von Herrn Graf betr. Monatskarte/Priwall-Fähre
  - 5.4. Flexible Arbeitszeiten  
Vorlage: VO/2013/00902
    - 5.4.1. Flexible Arbeitszeiten in den städtischen Kindertageseinrichtungen  
Anfrage VO/2013/00902  
Vorlage: VO/2013/00953
  - 5.5. Anfrage des Bürgerschaftsmitglieds Katja Mentz betr. Integrationshelfer  
Vorlage: VO/2013/00823
    - 5.5.1. Antwort des Bereiches 4.510 betr. Integrationshelfer  
(Anfrage von Frau Mentz am 05.09.2013)
  - 5.6. Antwort des Bereiches 4.510 betr. Arztbesuche von minderj. Flüchtlichen in Wohngruppen (Anfrage von Frau Mentz am 05.09.2013)
  - 5.7. Antwort des Bereiches 4.510 betr. der Erstausrüstung unbegleitete minderj. Flüchtlinge (Anfrage von Frau Mentz am 05.09.2013)
6. Anträge von Ausschussmitgliedern

- 6.1. Zulassung von BewohnerInnen mit ausländischem Pass zum Ehrenamt als Laienrichter/-in (Schöffe)  
Antrag-Resolution des Forums für MigrantInnen in der Hansestadt Lübeck über den Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses Herrn Klüssendorf  
Vorlage: VO/2013/00938
7. Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
  - 7.1. Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft an den Jugendhilfeausschuss, den Ausschuss für Soziales und den Ausschuss für Schule und Sport betr. Aufteilung im Schulhelferpool  
Vorlage: VO/2013/00967
  - 7.2. Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft an den Jugendhilfeausschuss betr. Unterbringung in erlebnispädagogischen Einrichtungen  
Vorlage: VO/2013/00960
8. Berichte
  - 8.1. mdl. Bericht betr. Schulsozialarbeit
9. Beschlussvorlagen
  - 9.1. Haushaltssatzung 2014 mit Stellenplanänderungen 2014  
Vorlage: VO/2013/00991
10. Verschiedenes
16. Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

## Öffentlicher Teil:

### **TOP 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtung von Ausschussmitgliedern**

Der Vorsitzende eröffnet die 3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Vorsitzende schlägt, auf Wunsch von Herrn Regenber, vor den Tagesordnungspunkt 7.1 mdl. Bericht Willkommensbesuche vorzuziehen. Der mdl. Bericht wird nun unter Tagesordnungspunkt 4 behandelt.

Anschließend verpflichtet der Vorsitzende Frau Kuring-Arent mit den Worten: „ Ich verpflichte Sie gem. § 46 Abs. 6 der Gemeindeordnung durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten und führe Sie in Ihr Amt ein.“

*Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis und ist mit der Vorziehung des TOP 7.1 einverstanden. Ebenso nimmt der Ausschuss Kenntnis und stimmt der Behandlung des TOP 11 Genehmigung der Niederschrift im nichtöffentlichen Teil zu.*

### **TOP 2 Niederschriften vom 05.09.2013**

Der Vorsitzende teilt mit, dass es zur Niederschrift Nr. 2 der zweiten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 05.09.2013 weder mündliche noch schriftliche Einwendungen eingegangen sind. Es gibt keine Einwände.

*Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.*

### **TOP 3 Anliegen der Jugend**

#### **TOP 3.1 Mitteilung Herr Karnatz betr. der AG Kinder- und Jugendbeteiligung**

Herr Karnatz richtet einen Appell an die Politik sich aktiv bei der Arbeitsgruppe Kinder- und Jugendbeteiligung einzubringen. Ein nächstes Treffen findet am 26.11.2013 um 17 Uhr in der Diele, Mengstr. 41 statt.

*Der Ausschuss nimmt Kenntnis.*

#### **TOP 3.2 Anfrage Herr Karnatz betr. Schultoiletten**

Herr Karnatz erklärt, dass in den Haushaltsunterlagen die Sanierungen der Schultoiletten

nicht ersichtlich sind. Er fragt, ob hier Streichungen stattgefunden haben.  
Frau Borns verweist auf den Schul- und Sportausschuss bzw. Bauausschuss.  
Sie hat jedoch Kenntnis über eine Prioritätenliste, in der alle Sanierungen aufgeführt sind.  
Einige Schultoiletten u. a. der Pestalozzi-Schule und Katharineum wurden bereits saniert.  
Die Liste wird peu a peu abgearbeitet.  
Die Prioritätenliste wird Herrn Karnatz zur Verfügung gestellt.

*Der Ausschuss nimmt Kenntnis.*

#### **TOP 4 mdl. Bericht betr. Willkommensbesuche**

Herr Regenberg führt kurz ein und stellt sich und Frau Prüßmann vor.  
Es folgt eine Power Point Präsentation. Diese ist der Niederschrift beigelegt.  
Es wird u. a. berichtet, dass in diesem Jahr ca. 1000 Willkommensbesuche erwartet werden.  
Derzeit sind 49 Hebammen aktiv, von insgesamt 54 geschulten Hebammen.  
Frau Mentz erfragt, wie viele Kinder jährlich in Lübeck geboren werden.  
Herr Regenberg geht von ca. 1600 Kindern aus. Wobei es sich hierbei um eine Prognose handelt.  
Weiterhin fragt sie, wie viel eine Hebamme für einen Willkommensbesuch erhält.  
Frau Prüßmann erklärt, dass die Hebammen für jeden Besuch 35 € erhalten bzw. abrechnen können. Ein Besuch dauert in der Regel zwischen 30-60 Minuten, die genauen Zeiten sind auf den jeweiligen Stundenzetteln der Hebammen ersichtlich.  
Weitere Nachfragen von Frau Mentz sowie von Herrn Gusek zur Verfahrensweise, insbesondere der vernetzten Zusammenarbeit und dem weiteren Ausbau des Erreichungsgrades werden ausführlich von Frau Prüßmann und Herrn Regenberg beantwortet.  
Abschließend fragt Frau Mentz nach, inwieweit eine Beteiligung der Krankenkassen erfolgt, da die Nachversorgung durch die Krankenkassen finanziert wird.  
Frau Borns verneint eine Beteiligung der Krankenkassen.  
Den Hebammen soll damit ermöglicht werden, zusätzliche Einnahmen zu erhalten.

*Der Ausschuss nimmt den  
mdl. Bericht zur Kenntnis.*

#### **TOP 5 Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

##### **TOP 5.1 Mitteilung Frau Heidig betr. geplante Kitas 2014**

Frau Heidig teilt mit, dass an 12 Standorten in 7 Stadtteilen für das kommende Jahr weitere Kitaneubauten erfolgen.  
Dadurch entstehen weitere 255 Krippenplätze und 260 Elementarplätze.  
Eine Übersicht der Kitamaßnahmen wird der Niederschrift beigelegt.  
Frau Borns weist darauf hin, dass dieses auch Bestandteil der Haushaltsanmeldungen ist.

Herr Stabe verweist in diesem Zusammenhang auf die Finanzierungsregelung der Betriebskosten gem. §25 KitaG und fragt nach dem aktuellen Eigenanteil der Träger.  
*Der Trägereigenanteil an den Betriebskosten beträgt 0 – 10 %, dabei bleibt das Ehrenamt unberücksichtigt.*  
Eine Nachfrage von Herrn Weise zum Wechsel von Krippenkindern in den Elementarbereich innerhalb einer Einrichtung wird zunächst auf Arbeitsebene direkt mit Frau Heidig besprochen.

*Der Ausschuss nimmt*

**TOP 5.2 Mitteilung von Herrn Kirchhoff über die Umsetzung der Maßnahmen betr. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen betr. Grünstrandbebauung**

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Kirchhoff. Frau Borns führt kurz ein.

Herr Kirchhoff verweist einleitend auf frühere Teilnehmungsprojekte zur Spielplatzplanung in Travemünde mit denen man gute Erfahrungen gemacht habe.

Die Grünstrandbebauung wurde nicht umgesetzt.

Die Maßnahmen aus dem Teilnehmungsverfahren von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Grünstrandbebauung seien jedoch aufgegriffen worden und befinden sich derzeit in der Umsetzung. Das Teilnehmungsverfahren wurde vom Haus der Jugend Travemünde sowie der Schule am Meer durchgeführt. (*Anmerkung: in der gemeinsamen Sitzung von Schul- und Jugendhilfeausschuss am 18.04.2013 im Einzelnen vorgestellt.*)

Folgende Maßnahmen wurden bzw. werden umgesetzt:

- Entstehung eines Spielplatzes wurde bereits verwirklicht
- Entstehung von Snackbars, Imbiss- und Kioskständen, die Versorgung vor Ort wurde bemängelt. Hierzu laufen derzeit Ausschreibungen. Eine Umsetzung ist für 2014 geplant.
- der Baumbestand wurde erhöht
- es wurden Plätze zum Fußballspielen gewünscht, dieser Wunsch wurde am Sportstrand ausgeweitet, der Wunsch nach mehr sportiven Angeboten kann nur begrenzt ausgeweitet werden, nicht alles kann am Grünstrand stattfinden.

Insgesamt konnten alle Anregungen aus dem Teilnehmungsverfahren als hilfreich für die bedarfsorientierte Entwicklung des Angebots in Travemünde insgesamt aufgenommen werden.

Herr Dr. med. Federsel fragt nach, ob eine Skateboardanlage geplant ist.

Herr Kirchhoff berichtet von der Skateboardanlage am Leuchtenfeld, hier wird derzeit ein neues Konzept erarbeitet, da die Anlage abgängig ist.

Ebenfalls berichtet er, dass eine Adventure-Golfanlage geplant ist.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich im Namen des Ausschusses für den Bericht und die konstruktive Umsetzung der Ergebnisse des Teilnehmungsverfahrens.

*Der Ausschuss nimmt  
Kenntnis.*

**TOP 5.3 Mitteilung von Herrn Graf betr. Monatskarte/Priwall-Fähre**

Herr Graf informiert, dass das Anliegen des Jugendhilfeausschusses an den Aufsichtsrat der Stadtwerke übergeben wurde.

Dies hat dazu geführt, dass die Monatskarten für Jugendliche ebenfalls wie für Erwachsene die Personenbeförderung mit der Fähre zum Priwall einschließt.

Die Medien haben bereits darüber berichtet.

*Der Ausschuss nimmt  
Kenntnis.*

**TOP 5.4 Flexible Arbeitszeiten  
Vorlage: VO/2013/00902**

*Der Ausschuss nimmt  
die Anfrage zur Kenntnis.*

**TOP 5.4.1 Flexible Arbeitszeiten in den städtischen Kindertageseinrichtungen  
Anfrage VO/2013/00902  
Vorlage: VO/2013/00953**

Keine Wortmeldungen.

*Der Ausschuss nimmt  
Kenntnis.*

**TOP 5.5 Anfrage des Bürgerschaftsmitglieds Katja Mentz betr. Integrationshelfer  
Vorlage: VO/2013/00823**

*Der Ausschuss nimmt die  
Anfrage zur Kenntnis.*

**TOP 5.5.1 Antwort des Bereiches 4.510 betr. Integrationshelfer (Anfrage von Frau  
Mentz am 05.09.2013)**

Die Beantwortung von Frau Junghans auf die Anfrage von Frau Mentz, ist der Niederschrift beigefügt.

Nachfragen von Frau Mentz zum Klärungsbedarf in Einzelfällen beantwortet Frau Borns. Sie macht darauf aufmerksam, dass die Einschätzungen der Schulen und der Eltern zum erforderlichen Hilfebedarf zum Teil unterschiedlich sind.

Herr Karnatz bittet um Klärung der Differenz des letzten Schuljahres zum jetzigen Schuljahr. Frau Junghans erklärt, genau hieran ist erkennbar, dass mehrere Kinder erreicht werden.

*Der Ausschuss nimmt  
Kenntnis.*

**TOP 5.6 Antwort des Bereiches 4.510 betr. Arztbesuche von minderj. Flüchtlichen in  
Wohngruppen (Anfrage von Frau Mentz am 05.09.2013)**

Frau Junghans erläutert hierzu, dass die unbegleiteten minderjährigen Jugendlichen Krankenhilfe nach § 40 SGB VIII erhalten. Die Leistungen entsprechen denen der gesetzlichen Krankenversicherung. Hierfür werden „Krankenscheine“ ausgegeben, die dann in die Einrichtung (Vorwerker Diakonie) geschickt werden, d.h. es muss niemand zum Jugendamt kommen. Die Scheine gelten ¼ Jahr für ärztliche wie für zahnärztliche Behandlungen.

In Ausnahmefällen oder Eilfällen kann der Schein abgeholt werden. In der Regel erfolgt in solchen Fällen eine telefonische Klärung mit der Arztpraxis.

Die Ausstellung von Chipkarten ist nicht praktikabel, da bereits der Erhalt 2 bis 3 Monate dauert, bis dahin ist der unbegleitete minderjährige Jugendliche meist nicht mehr in der Einrichtung.

Aus diesem Grunde verfahren die anderen kreisfreien Städte Kiel, Neumünster und Flensburg bei Inobhutnahmen von unbegleiteten Jugendlichen ebenso.

*Der Ausschuss nimmt  
Kenntnis.*

**TOP 5.7      Antwort des Bereiches 4.510 betr. der Erstaussstattung unbegleitete minderj.  
Flüchtlinge (Anfrage von Frau Mentz am 05.09.2013)**

Werden junge Menschen in Obhut genommen, so wird mit der Einrichtung (Vorwerker Diakonie) der Bedarf für Bekleidung abgerechnet, unabhängig davon, ob es ein unbegleiteter minderjähriger Jugendlicher oder ein junger Mensch aus Lübeck ist. Es gibt keine Festlegung von Beträgen.

Wird eine Verselbständigung eingeleitet, orientiert sich die wirtschaftliche Jugendhilfe bei der Erstaussstattung für unbegleitete minderjährige Jugendliche am Asylbewerberleistungsgesetz, d.h. bis zu 400 EUR.

Unbegleitete minderjährige Jugendliche werden im Regelfall in trägereigenem Wohnraum der Vorwerker Diakonie verselbständigt, die über entsprechende Ausstattungen bereits verfügen, so dass der genannte Rahmen meist gar nicht ausgeschöpft wird.

Bei sonstigen Verselbständigungen aus Hilfen zur Erziehung erhalten junge Menschen bis zu 600 EUR. Dieser Rahmen kann ausgeschöpft werden, wenn junge Menschen eine eigene Wohnung beziehen.

Herr Gusek weist auf einen Gerichtsbeschluss diesbezüglich hin (Wegfall des Unterschiedes).

Es müsste geprüft werden, ob dieses Vorgehen tatsächlich rechtlich vertretbar sei. Frau Borns verweist auf die Anwesenheit des Bereichs Recht. Ein entsprechender Prüfauftrag wird an den Bereich Recht gehen.

*Der Ausschuss nimmt  
Kenntnis.*

**TOP 6            Anträge von Ausschussmitgliedern**

**TOP 6.1      Zulassung von BewohnerInnen mit ausländischem Pass zum Ehrenamt als  
Laienrichter/-in (Schöffe)  
Antrag-Resolution des Forums für MigrantInnen in der Hansestadt Lübeck  
über den Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses Herrn Klüssendorf  
Vorlage: VO/2013/00938**

**Beschluss:**

Hiermit bitte ich den Ausschuss über den Antrag-Resolution des Forums für MigrantInnen in der Hansestadt Lübeck zu beraten.

Der Antrag wurde in der letzten Sitzung des Forums für MigrantInnen am 28.08.2013 einstimmig beschlossen und die Steuerungsgruppe Integration hat am 16.09.2013 einstimmig befürwortet, diesen Antrag in den Jugendhilfeausschuss einzubringen. Es handelt sich bei dem Antragsinhalt um eine Resolution.

**Resolution:**

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen, dass die Lübecker Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck sich für eine entsprechende Gesetzesänderung auf Bundesebene einsetzt.

Herr Klüssendorf begrüßt Herrn Rojahn vom Bereich Recht.  
Er gibt eine kurze Einführung zu dem Verfahren der Schöffenauswahl.  
Ebenfalls erläutert er die Voraussetzungen die dafür vorliegen müssen.  
Eine Gesetzesänderung kann nicht auf kommunaler Ebene erwirkt werden, da es sich hierbei um ein Bundesgesetz handelt.  
Die Bürgerschaft hat hier keine Entscheidungskompetenz.  
Eine Änderung hinsichtlich der Voraussetzungen kann nur im Bundestag erfolgen.  
Frau Borns empfiehlt, sich in dieser Angelegenheit direkt an die örtlichen Bundestagsabgeordneten zu wenden.  
Die Vorsitzende des Forums für MigrantInnen, Frau Gottschalk wünscht sich eine Unterstützung bzw. Befürwortung des Ausschusses bezüglich der Resolution.  
Sie berichtet über eine ähnliche Initiative in Flensburg.  
Herr Klüssendorf macht darauf aufmerksam, dass der Beschlusstext geändert werden müsste. Wenn der Ausschuss das Anliegen befürworte, sei dies nur im Wege einer Empfehlung möglich.  
Herr Untermann bezweifelt, dass der Jugendhilfeausschuss das richtige Forum für das Anliegen ist.  
Herr Gusek und Frau Kuring-Arent sprechen sich für die Initiative aus.  
Frau Borns liest ihren Vorschlag des geänderten Beschlusstextes vor. Es findet eine kurze Diskussion über die Formulierung statt.

**Beschluss in geänderter Fassung:**

Der Jugendhilfeausschuss fordert die Bürgerschaft auf, sich auf allen möglichen politischen Ebenen (Land/Bund) dafür einzusetzen, dass Nicht-deutsche-BürgerInnen die Teilnahme zum Ehrenamt als Laienrichter/-in (Schöffe), insbesondere Jugendschöffen, ermöglicht wird.

**Abstimmungsergebnis über den geänderten Beschlussvorschlag:**

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 2

Enthaltungen: 0

**TOP 7 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

**TOP 7.1 Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft an den Jugendhilfeausschuss, den Ausschuss für Soziales und den Ausschuss für Schule und Sport betr. Aufteilung im Schulhelferpool  
Vorlage: VO/2013/00967**

Frau Borns berichtet, dass die genannten Fragen Bestandteil des Evaluationsberichtes sind, der von der Verwaltung nach dem 1 Halbjahr 2014 vorgelegt wird.  
Um aufwendige Doppelarbeit zu vermeiden, empfehle sie, den Antrag bis dahin zurückzustellen.

*Der Ausschuss beschließt einstimmig den Überweisungsauftrag zurückzustellen.*

**TOP 7.2 Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft an den Jugendhilfeausschuss betr. Unterbringung in erlebnispädagogischen Einrichtungen  
Vorlage: VO/2013/00960**

Frau Junghans beantwortet wie folgt die Fragen des Antrages der BfL-Fraktion

„Erlebnispädagogische Maßnahmen“, bei denen das **Ziel der Persönlichkeitsentwicklung durch herausfordernde Erfahrungen in einem sehr engen Betreuungsrahmen außerhalb regulärer Bezüge im Vordergrund steht**, wurden nicht durchgeführt.

Alle stationären Hilfen zur Erziehung werden in regulären stationären Einrichtungen in freier Trägerschaft oder in geprüften Pflegefamilien im Inland durchgeführt.

Grundsätzlich werden alle in stationäre Jugendhilfe anstehenden Fälle vorrangig innerhalb Lübecks vermittelt.

Im zweiten Schritt wird dann eine Unterbringung innerhalb Schleswig Holsteins angestrebt.

Derzeit bestehen im Bereich Familienhilfen/ Jugendamt 246 stationäre Maßnahmen ohne Vollzeitpflege. Die durchschnittlichen Fallkosten betragen 3716,95 € im Monat (Durchschnittswert 2012).

Im fraglichen Zeitraum sind zwei junge Menschen in Gastfamilien im Ausland betreut worden.

Die Fälle sind von auswärtigen Jugendämtern aufgrund eines Zuständigkeitswechsels (Zuzug des sorgeberechtigten Elternteils nach Lübeck) als laufende Maßnahmen / Fälle übernommen worden.

*Der Ausschuss  
nimmt Kenntnis.*

## **TOP 8      Berichte**

### **TOP 8.1      mdl. Bericht betr. Schulsozialarbeit**

Frau Maas erinnert an die Vorstellung vor ca. 2 Jahren.

Mittlerweile sind 19 SchulsozialarbeiterInnen verteilt auf 11 Sozialräumen im Einsatz.

Das Konzept zur Schulsozialarbeit in der Hansestadt Lübeck ist der Niederschrift beigelegt.

Frau Maas stellt die zwei anwesenden SchulsozialarbeiterInnen, Frau Kelm-Schell und Herrn Reyscher vor, die im Anschluss anhand konkreter Beispiele über ihre Arbeit berichten, u.a. von Präventionsmaßnahmen wie Anti-Mobbing-Training, schulübergreifender Netzwerkarbeit auch für Angebote im Nachmittagsbereich sowie Einzelfallhilfen.

Sie benennen eine Vielzahl von Kooperationspartnern.

Im Jahr 2013 wurden darüber hinaus im Rahmen der zur Verfügung stehenden Projektmittel bislang Projekte mit ca. 900 Schülern durchgeführt.

Anfragen von Frau Mentz, Frau Gottschalk und Herrn Karnatz zur Aufgabenwahrnehmung im Einzelnen sowie zum Thema MigrantInnen werden von Frau Maas und Frau Kelm-Schell beantwortet.

#### Als Anmerkung zum Protokoll:

*Der von Frau Mentz geschilderte Fall bezüglich Pünktlichkeitskontrollen durch SchulsozialarbeiterInnen konnte geklärt werden.*

*Es handelt sich hierbei nicht um SchulsozialarbeiterInnen, sondern um Schulassistenten die im Auftrag der Schulleitung handeln.*

Herr Kürle fragt nach, wie lange die Mittel für Schulsozialarbeit gesichert sind.

Frau Maas erklärt, die Finanzierungsstruktur aus Bundesmitteln zur Entlastung der Kommunen bei den Kosten der Unterkunft sowie bei der Grundsicherung.

Frau Borns ergänzt, dass die Stellen auf Dauer eingerichtet sind. Gesamtstädtisch werden die Kosten künftig durch die Entlastung bei den Aufwendungen für die Grundsicherung gedeckt. Eine haushaltsmäßige Ordnung der entsprechenden Einnahmen erfolgt daher im Fachbereich 2.

Frau Maas gibt abschließend den Hinweis, dass Flyer über die Schulsozialarbeit in Lübeck vorhanden sind. Diese sind auch im Bildungsportal einsehbar.

Herr Reyscher macht auf den Adventsbasar der am 29.11.2013 im Burkhardt-Gymnasium stattfindet aufmerksam. Hier werden Informationen zum Sozialcurriculum gegeben.

*Der Ausschuss nimmt  
den Bericht zur Kenntnis.*

## **TOP 9      Beschlussvorlagen**

### **TOP 9.1      Haushaltssatzung 2014 mit Stellenplanänderungen 2014 Vorlage: VO/2013/00991**

Frau Borns führt hierzu ein.

Sie verweist auf die Maßnahmenliste Anlage 4 sowie auf die Anlage 6 den Haushaltsbegleitbeschluss, die Maßnahmen im Rahmen des Konsolidierungskonzeptes 2014.

Herr Klüssendorf erläutert den Verfahrensvorschlag, die Vorlage ohne Votum passieren zu lassen.

Frau Borns bietet an, sich bei Fragen an die Verwaltung zu wenden.

Sie weist darauf hin, dass im Kinder- und Jugendbereich keine Kürzungen durch die Anmeldungen des Fachbereichs erfolgt sind, sondern Ausbau und der Sicherung der Angebote entsprechend der gesetzlichen Vorgaben.

Herr Gusek wünscht sich nicht nur die Planungsdaten im Rahmen der Haushaltsaufstellung und -beratung, sondern zum Vergleich auch das Rechnungsergebnis der Vorjahre. Der Jahresabschluss ist zur Haushaltsbeurteilung ein wichtiges Element. Seit Jahren gibt es keinen Jahresabschluss.

Hierzu sprechen Herr Stabe und Frau Borns.

#### **Beschluss:**

1. Der **Produkthaushaltsplan** bestehend je Produkt aus der Produkthaushaltsseite, dem Ergebnisplan und dem Finanzplan inkl. der investiven Ein- und Auszahlungen und wird mit den Veränderungen lt.

**Anlage 1** - Veränderungen aus Ausgleichsvorschlägen, Nachmeldungen und Fachausschussempfehlungen zum Ergebnisplan - **Spalte 11** -

**Anlage 2a** - Veränderungen aus Ausgleichsvorschlägen, Nachmeldungen und Fachausschussempfehlungen zum Finanzplan/Investitions- und Finanzierungstätigkeiten- **Spalte 10** - beschlossen.

- 1a. Die den Haushaltsanmeldungen zugrunde liegenden Maßnahmen aus den Maßnahmenlisten der Fachbereiche (**Anlage 4**) werden zur Kenntnis genommen. Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um die u.a. in dem Haushalt 2014 vorgesehenen Aufwendungskürzungen und damit verbundenen

Minderauszahlungen bzw. die Ertragssteigerungen und die damit verbundenen Mehreinzahlungen zu realisieren.

2. Die Durchführungsbestimmungen (DB) zur Haushaltssatzung werden in der als **Anlage 0** beigefügten Fassung festgesetzt.
3. Aufgrund der §§ 95 ff der Gemeindeordnung (GO) wird nach Beschluss der Bürgerschaft vom ..... und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde folgende Haushaltssatzung erlassen:

#### § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 wird

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der <b>Erträge</b> auf	638.181.100	EUR
	einem Gesamtbetrag der <b>Aufwendungen</b> auf	716.112.600	EUR
	einen Jahresüberschuss von		
	einen Jahres <b>fehlbetrag</b> von	<b>77.931.500</b>	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	623.400.900	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	668.072.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus <b>Investitionstätigkeit</b> und der Finanzierungstätigkeit auf	57.291.000	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus <b>Investitionstätigkeit</b> und der Finanzierungstätigkeit auf	90.967.400	EUR

festgesetzt.

(Stand: gedruckter Entwurf 2014, aktueller Stand siehe ggf. Anlage 1 und 2a)

#### § 2

Es werden festgesetzt:

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	35.480.300	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	32.847.100	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	550.000.000	EUR
4.	die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	3.196,42	<b>Stand:</b> 10/2013

#### § 3

Die Hebesätze für die Realsteuern sind wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer		
	a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)		400 %
	b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)		500 %
2.	Gewerbsteuer		430 %

#### § 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 95 d Abs. 1 oder § 95 f Abs. 1 Gemeindeordnung

erteilen kann, beträgt **250.000 EUR**. Die Genehmigung der Bürgerschaft gilt in diesen Fällen als erteilt. Der Bürgermeister ist verpflichtet, der Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.

Mit Ausnahme der Eilentscheidungen des Bürgermeisters nach § 65 Abs. 4 GO ist bei einer beabsichtigten Verwendung von Budgetmitteln als Deckung für Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Fachausschusses auch eine vorbereitende Beratung im abgebenden Fachausschuss und im Falle widersprechender Empfehlungen der beteiligten Fachausschüsse das koordinierende Votum des Hauptausschusses einzuholen.

## § 5

Für die Wirtschaftspläne der **städt. SeniorInneneinrichtungen** werden festgesetzt:

		<b>2014/EUR</b>
1. im Erfolgsplan	die Erträge auf	23.930.500
	die Aufwendungen auf	24.807.600
	der Jahresverlust auf	<b>877.100</b>
.2 im Vermögensplan	die Einnahmen auf	220.000
	die Ausgaben auf	220.000
3. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		0
4. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf		0
5. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf		3.200.000

## § 6

Der Gesamtbetrag für max. abzuschließende Zinsderivate wird für das Jahr 2014 auf **50 Mio. EUR** festgesetzt.

---

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am ..... erteilt.

**(Ende des Satzungstextes)**

### **4. Grundsatzbeschluss zur Aufnahme von Kassenkrediten**

Der Bürgermeister der Hansestadt Lübeck wird ermächtigt von der gesetzlich eingeräumten Möglichkeit der Aufnahme von Kassenkrediten über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende der mittelfristigen Ergebnisplanung Gebrauch zu machen.

### **5. Stellenplan**

5.1 Der Stellenplan 2013 (3.185,50 Planstellen) wird zu dem Haushaltsjahr 2014 um die sich aus der **Anlage 5a** ergebenden Stellenplanänderungen (Veränderungsliste) ergänzt und in der sich daraus ergebenden Fassung als **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2014** festgesetzt (3.196,42 Planstellen).

5.2 Die sich aus der Anlage **5b** ergebenden **Stellenplanveränderungen (Hebungen)** gem. erfolgter Bewertung werden im Stellenplan 2014 festgeschrieben.

### **6. Haushaltsbegleitbeschluss 2014**

Die in der Anlage 6 genannten neuen Konsolidierungsmaßnahmen werden beschlossen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, alle erforderlichen Schritte zur Umsetzung dieser Konsolidierungsmaßnahmen einzuleiten, um die kalkulierten Haushaltsverbesserungen zu realisieren. Über die Umsetzung der Maßnahmen ist halbjährlich zu berichten.

Soweit es sich um strukturelle Maßnahmen im Sinne des Haushaltskonsolidierungsgesetzes des Landes S.-H. und der dazu erlassenen Richtlinien handelt, werden diese je nach Kassenwirksamkeit der Umsetzung Bestandteil des Konsolidierungskonzeptes 2012-2015 bzw. 2016-2018.

*Der Ausschuss beschließt einstimmig,  
die Vorlage ohne Votum passieren zu lassen.*

---

**TOP 10      Verschiedenes**

---

Es liegt nichts vor.

---

**TOP 16      Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

---

Der Ausschussvorsitzende gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst wurden.

**Der Vorsitzende bittet die Öffentlichkeit und die Personen, die zur Teilnahme am nichtöffentlichen Teil nicht berechtigt sind, den Saal zu verlassen.**

**Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 18:02 Uhr**

**Die Öffentlichkeit und die Personen, die zur Teilnahme am nichtöffentlichen Teil nicht berechtigt sind, verlassen den Saal.**

**Nichtöffentlicher Teil:  
Beginn: 18:03 Uhr**

**Ende des nichtöffentlichen Teils der Sitzung: 18:04 Uhr**

**Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her.**

Lübeck, den 31. Januar 2014

Tim Klüssendorf  
Vorsitz

Doreen Richter  
Protokollführung